

Diesen Artikel finden Sie unter: http://www.bkr-net.de/information/noz_print/nordwest/2505-now-wippleben-11.html
 Ressort / Ausgabe: Nordwest
 Veröffentlicht am: 24.05.2010

Wie aus Wipplingen Gorleben wurde

Von Hans Brinkmann

Wipplingen.

Warum Gorleben? Warum erkor Ex-Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) das Dorf im Wendland als Standort für eine Atommülldeponie? 33 Jahre danach ist diese Frage wieder brandaktuell. Um Aufklärung bemüht sich ein Untersuchungsausschuss des Bundestages.

Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) will noch in dieser Woche eine wissenschaftliche Studie zu diesem Thema präsentieren. Dabei zeichnet sich ab: Ein Schlüssel zur Beantwortung der Standort-Frage liegt im Emsland.

„Wenn man fragt, warum es Gorleben geworden ist, dann müsste man auch fragen: Warum ist es Wipplingen nicht geworden?“, sagt Georg Kruse, einst Geschäftsführer des Landvolkverbandes im Altkreis Aschendorf-Hümmling. Der 61-Jährige kennt wie kaum ein anderer die Geschichte der Standortwahl für ein atomares Entsorgungszentrum. Und er weiß: Dass am Ende das Pendel für Gorleben ausschlug, hat nicht unwesentlich damit zu tun, dass der ursprünglich vorgesehene Standort im nördlichen Emsland „verbrannt und nicht mehr durchsetzbar war“.

Ein Blick in die Archive unterfüttert die Einschätzung des Ex-Funktionärs, der seinerzeit den Widerstand gegen das Atomprojekt im Emsland maßgeblich mit organisierte. „Hümmling bald atomare Müllkippe der Bundesrepublik?“, hatte unsere Zeitung am 16. Januar 1976 getitelt und enthüllt, dass für ein nationales Entsorgungszentrum mit Wiederaufarbeitungsanlage und Atommülldeponie drei Gebiete in die engere Wahl gerückt waren: der Salzstock Wahn bei Wipplingen sowie Unterlüß bei Celle und Lichtenmoor bei Nienburg.

Das „schwarze“ Emsland galt als klarer Favorit der damaligen SPD-geführten Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt. Dort waren auch schon – getarnt als Suche nach Erdöl und Kali – erste Bohrungen niedergebracht worden.

Die Bevölkerung reagierte aufgeschreckt, und als dann auch noch die von der Veröffentlichung kalt erwischten Atommanager in einer Infoveranstaltung haarsträubende Szenarien zum Besten gaben – Siedlungsverbote, eingeschränkte Milchwirtschaft, Strahlenbelastung im Umkreis über den gesetzlichen Grenzwerten –, stand im Nu eine starre Abwehrfront. Alle Versuche der Projektbetreiber, diese Angaben wieder einzufangen, schlugen fehl. Das Vertrauen war futsch.

Auf die Barrikaden gingen nicht nur verängstigte Landwirte, sondern auch die Christdemokraten, die im damals noch selbstständigen Kreis Aschendorf-Hümmling mit Mehrheiten um die 80 Prozent regierten. Kommunen und Landvolk bildeten eine Aktionsgemeinschaft; unter Regie des Wippinger CDU-Bürgermeisters Hermann Gerdes folgte später eine hochaktive Bürgerinitiative.

„Eine solch gewaltige Anlage würde das Emsland tief greifend verändern. Dieser Raum hat sein Sonderopfer für die militärische Sicherheit der Bundesrepublik und seinen Beitrag für notwendige atomare Anlagen bereits erbracht“, begründete der damalige Bundestagsabgeordnete und spätere Innenminister Rudolf Seiters (CDU) den Widerstand.

Gemeint war neben Munitionsdepots, Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range, Tieffluggebieten und

Kernkraftwerk Lingen vor allem das große Übungsschießgelände der Bundeswehr, dessen Areal das geplante Entsorgungszentrum tangierte.

Die Proteste gegen das Atomprojekt – von Demonstrationen bis zu einstimmigen Resolutionen in Räten und Kreistag – waren massiv. Sprengkraft erhielten sie aber erst recht durch die Kombination mit einem anderen Konfliktthema: der Kreisreform.

Frust durch Kreisreform

Die FDP in Niedersachsen pochte Mitte der 70er-Jahre unerbittlich auf eine Fusion von Landkreisen – und dem sollte auch Aschendorf-Hümmling zum Opfer fallen. Das verstärkte den Frust der „Kommunalos“ ins Extreme. Den Kreis opfern zu müssen und im Gegenzug „Atomklo“ der Nation zu werden – diese Perspektive sorgte für solchen Aufruhr, dass es die Union in einer ihrer Hochburgen zu zerreißen drohte.

Als Albrecht dann tatsächlich für eine Koalition mit der FDP eine Kreisreform akzeptierte, gab es kein Halten mehr. Den 2300 Mitglieder starken CDU-Verband im nördlichen Emsland erschütterte eine Austrittswelle, Ortsvorstände legten ihre Ämter nieder, ein früherer CDU-Kreisvorsitzender organisierte in kürzester Zeit über 10000 Protestunterschriften. Und der örtliche Landtagsabgeordnete Walter Remmers verweigerte die Zustimmung zum Koalitionsvertrag, weil ihm die Reform als „zu hoher Preis“ erschien.

Im November 1976 eskalierte die Lage weiter. Der mächtige Papenburger Bürgermeister Heinrich Hövelmann bekundete Bereitschaft zur Rebellion gegen Albrecht; notfalls werde er für eine Wählergemeinschaft oder eine andere Partei zum Landtag kandidieren. Den Ministerpräsidenten trieb der CDU-Mann dann Ende des Monats bei einem Besuch in der Kanalstadt fast zur Weißglut: Er forderte den zornentbrannten Regierungschef unter Hinweis auf Atomprojekt und Kreisreform auf, seinen Amtseid ernst zu nehmen und Schaden vom Land zu wenden.

CDU-Kreischef Hans-Wilhelm Blohm legte wenige Tage später nach. „Ich werde, solange ich Kreisvorsitzender der CDU bin, mit letzten Mitteln gegen die Atommülldeponie und notfalls auch gegen die Landesregierung kämpfen“, zitierte ihn die Ems-Zeitung am 6. Dezember 1976. Bald darauf trat er mit dem kompletten Kreisvorstand zurück.

Auch Rudolf Seiters warnte. Falls die Landesregierung trotz allem das Emsland als Standort der Atommülldeponie festlegen sollte, „so wäre eine solche Entscheidung unzumutbar auch für mich“, formulierte der damalige stellvertretende CDU-Landesvorsitzende im Dezember 1976 eine kaum verhohlene Rücktrittsdrohung.

Alarmierende Ansage

Noch alarmierender für die Regenten in Hannover wirkte jedoch eine düstere Ansage von Walter Remmers. Am 1. Februar 1977 sinnierte der spätere Justizminister in der Ems-Zeitung: „Es könnte sich einmal die Frage aufdrängen, ob man den Ministerpräsidenten stürzt, um den Kreis Aschendorf-Hümmling zu erhalten. Wenn sich einmal eine derartige Alternative stellt, muss man [...] sehr wohl überlegen, für was man sich entscheidet.“

Der Abgeordnete, ohne den der CDU/FDP-Koalition wegen ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit eine verheerende Schlappe bei der Abstimmung über die Kreisreform drohte, zeigte sich aber „notfalls bereit, Kompromisse zu akzeptieren“. Nur in einem Punkt nicht: Im Emsland dürfe es keine Atommülldeponie und Wiederaufarbeitungsanlage geben, beharrte Remmers.

Ein „Wink mit dem Zaunpfahl“? Jedenfalls verkündete der Regierungschef am 22. Februar 1977 seine Standortentscheidung – Gorleben statt Wippingen. Und Remmers stimmte später der

Kreisreform zu.

Die Begründung dafür, dass das Emsland verschont blieb, fiel in der Landeshauptstadt eher spärlich aus. Albrecht verwies auf das Schießgelände der Bundeswehr-Erprobungsstelle; gerade dadurch wäre auch „der psychologische Einstieg in das Problem Atommülldeponie sehr unglücklich gewesen“.

Glücklich über die Entwicklung ist auf jeden Fall Georg Kruse. „Es war gut und richtig, das Ding zu verhindern – und legitim“, unterstreicht der 61-Jährige, der sich inzwischen ganz der Projektierung von Windparks widmet.

Eines jedenfalls lässt Kruse nicht gelten: dass man sich damals zulasten einer offenkundig untauglichen Standortalternative „vom Acker gemacht“ habe. „Die zuletzt in Betracht gezogenen Salzstöcke – auch Gorleben – galten damals unter den Hauptkriterien Größe, Erdbebensicherheit und Wasserverhältnisse als gleichwertig.“

Immerhin akzeptierte seinerzeit auch Helmut Schmidt die Entscheidung von Albrecht. Und mehr noch: Dem Ministerpräsidenten sagte er nach dessen Angaben im Februar 1977 laut Medienberichten zu, „auf seine sozialdemokratischen Parteifreunde in Niedersachsen einzuwirken, um sie von der bereits angekündigten Kritik an der Landesregierung abzubringen“ ...

© Bersenbrücker Kreisblatt 2009
Alle Rechte vorbehalten.
